Deutscher Bundestag **Drucksache 16/1978**

16. Wahlperiode 28. 06. 2006

Antrag

der Abgeordneten Ute Koczy, Thilo Hoppe, Dr. Uschi Eid, Hans-Josef Fell, Kerstin Müller (Köln), Winfried Nachtwei, Claudia Roth (Augsburg), Rainder Steenblock, Jürgen Trittin und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Eine Weltbank-Energiepolitik der Zukunft – Ja zu mehr Effizienz und erneuerbaren Energien, Nein zur Atomkraft

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Zugang zu nachhaltiger Energie ist entscheidend für die Verbesserung der Lebensumstände in Entwicklungsländern. Fast zwei Milliarden Menschen weltweit sind zur Versorgung ihrer Grundbedürfnisse immer noch auf traditionelle Brennstoffe wie Holz und Dung angewiesen. Der Zugang zu Energie ist ein zentrales Element im Kampf gegen die Armut. Praktisch alle Millenniumsentwicklungsziele stehen in Beziehung zur nachhaltigen Energieversorgung: Ohne einen solchen Zugang kann Hunger nicht reduziert werden.

Die hohen und stark schwankenden Energiepreise bedrohen die Weltwirtschaft insgesamt, doch sind gerade die ärmsten Entwicklungsländer besonders verwundbar. Dort ist die Abhängigkeit von Ölimporten überproportional hoch. Typischerweise haben arme Länder energieintensivere Industrien, gleichzeitig sind ihre Autos und Haushalte weniger energieeffizient und die Energietechnologie nicht auf dem neuesten Stand. Ergebnis ist, dass Niedrigeinkommensländer einen doppelt so großen Anteil ihres nationalen Einkommens für Ölimporte ausgeben wie Industrieländer. Steigende Ölpreise bedeuten daher große Entwicklungshemmnisse.

Heute entfallen ungefähr 70 Prozent des Weltenergieverbrauchs auf die Industrieländer. Es ist absehbar, dass sich in Zukunft mehr als zwei Drittel des Wachstums in Schwellen- und Entwicklungsländern vollziehen wird. Die Herausforderung besteht darin, den unvermeidbar steigenden Energieverbrauch mit größerer Effizienz, geringerer Klimaschädlichkeit und einem besseren Zugang für die ärmsten Menschen zu verbinden.

Der G8-Gipfel von Gleneagles 2005 hat daher die Weltbank damit beauftragt, einen Beitrag zu der Debatte um Zugang zu „sauberer Energie“ zu leisten. Die Weltbank muss mit ihrem Ansatz zu „sauberer Energie“ einen umfassenden Beitrag zur Überwindung von fossilen Energiesystemen leisten, ohne dabei auf Hochrisikotechnologien wie die Atomenergie zu setzen. Die Programme der Weltbank müssen auf der Basis von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien helfen, den steigenden Energiebedarf in Entwicklungsländern zu decken. Aus Sicht des Deutschen Bundestages muss die Weltbank Vorreiterin beim Ausbau erneuerbarer Energien sein und mit berechenbaren Zusagen auf der Grundlage einer stetigen Steigerung ihres Portfolios in diesem Bereich klare Signale setzen. Sie muss daher auch neue Instrumente entwickeln, um schnell und effektiv den Einsatz erneuerbarer Energien zu fördern.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen,

1. dass die Weltbank schrittweise bis 2010 aus der Förderung fossiler Energieträger aussteigt, wie es der Salim-Bericht zur Rohstoffpolitik der Weltbank gefordert hatte, dass sie erneuerbare Energien im Gegenzug zur primär geförderten Energiequelle macht sowie Maßnahmen zur Energieeinsparung und Energieeffizienz fördert;
2. dass die Weltbank auch zukünftig keine Investitionen im Bereich der Atomenergie fördert;
3. dass auch die regionalen Entwicklungsbanken keine Atomtechnologie fördern;
4. dass die Weltbank zur Verbesserung der Marktchancen von erneuerbaren Energien durch den massiven Ausbau entsprechender Programme beiträgt;
5. dass die Weltbank klar beschreibt, in welcher Weise ihre Energiepolitik die Ansätze der Klimarahmenkonvention und der Global Environmental Facility ergänzt;
6. dass die Weltbank die Auswirkungen gestiegener Energiepreise im Kontext von Entschuldung, Schuldentragfähigkeit und Wachstumsannahmen systematisch in ihre Länderstrategien integriert;
7. dass die Weltbank ihre Überlegungen und Maßnahmen zum Energiezugang für die ärmsten Entwicklungsländer präzisiert;
8. dass die Weltbank beschreibt, wo sie ihren Schwerpunkt in der Energiepolitik in Bezug auf die jeweiligen Ländergruppen setzen will, und dass sie in ihren jeweiligen Länderstrategien (Country Assistance Strategies) dem Entwicklungsstand angemessene Strategien entwickelt;
9. dass die Weltbank einen von unabhängigen Experten kontrollierten Bericht vorlegt über die Erhöhung der CO_2-Emissionen durch die von ihr in den letzten zehn Jahren unterstützten Energiemaßnahmen in den Bereichen Kohle, Erdöl und Erdgas. Entscheidend ist dabei eine Auflistung von von der Weltbank unterstützten Projekten, die dazu beitrugen, neue fossile Lagerstätten zu erschließen. Die Auflistung soll Klarheit darüber verschaffen, wie viel Kohlenstoff aus diesen Lagerstätten neu in die Atmosphäre freigesetzt wurde und wie hoch der Beitrag zur Klimaerwärmung ist.

Berlin, den 28. Juni 2006

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Begründung

Auf der Frühjahrstagung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) im April 2006 wurde der Bericht Clean Energy and Development: Towards an Investment Framework vorgelegt. Er dient als Vorbereitung für einen Investitionsrahmen der Weltbank, der in Singapur auf der Herbsttagung im September 2006 vorgestellt werden soll. Die Debatte um „saubere Energie und Entwicklung“ soll unter anderem ermitteln, welchen Beitrag die Weltbank leisten kann, um die Erreichung der UN-Millenniumsentwicklungsziele mit den Erfordernissen des internationalen Klimaschutzes in Einklang zu bringen. Dabei spielen die Nutzung „sauberer Energien“ in Schwellenländern, der Zugang der ärmsten Länder zu angepassten Energiesystemen und die Anpassung von Entwicklungsländern an die weltweite Klimaveränderung eine besondere Rolle.

In ihrem Bericht zeigt die Weltbank den Zusammenhang zwischen Energiezugang und Entwicklung auf. Dieser Ansatz ist richtig; denn gerade in den ärmsten Ländern verstellt der mangelnde Zugang zu Energie Entwicklungschancen. Weil nachhaltige Energieformen nicht zugänglich sind, haben viele Menschen in den ärmsten Ländern zum Beispiel keine andere Wahl, als durch Abholzung für kurzfristige Energiegewinnung ihre Ökosysteme auf Dauer zu schädigen.

In nicht Öl exportierenden Ländern gefährdet die aktuelle Energiepreisentwicklung auf dramatische Weise die wirtschaftliche Entwicklung und „entwertet" die erhofften Effekte der Entschuldung im Sinne der Erreichung der UN-Millenniums-Entwicklungsziele. Die Mehrkosten, die bei Nettoimporteuren von Energie entstehen, überschreiten schon jetzt teilweise die Leistungen, die diese durch Entwicklungszusammenarbeit erhalten. Nicaragua beispielsweise zahlte im Jahr 2004 für Ölimporte 541 Mio. US-Dollar, das sind 213 Mio. US-Dollar mehr als im Vorjahr. Allein die Preissteigerung kostet das Land mehr, als es in den nächsten fünf Jahren insgesamt durch die Entwicklungsfinanzierungsinitiative „Millennium Challenge Account" der USA erhalten wird (175 Mio. US-Dollar über fünf Jahre).

Der Zugang zu Energie wird wesentlich über die Fortschreibung internationaler Vereinbarungen zur Stabilisierung des Klimas mitentscheiden. In der Debatte über Investitionen und über den Ausbau zukunftsfähiger Energiepfade ist die Weltbank ein wichtiger Akteur. Ein Beispiel für eine mögliche Rolle der Weltbank findet sich in ihrem Umgang mit Schwellenländern. Aktuelle Trends zeigen, dass sich der Energieverbrauch und die damit verbundenen ausgestoßenen Treibhausgase allein von Brasilien, China und Indien in den nächsten zwanzig Jahren verdoppeln werden. Daher hat die Weltbank gemeinsam mit dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen und Institutionen aus diesen Ländern ein so genanntes Drei-Länder-Energie-Effizienz-Projekt initiiert. Ziel ist es, Investitionen zu tätigen, um die Belastungen für Mensch und Umwelt deutlich zu reduzieren. Die energiesparende Ausrichtung bei Modernisierung und Neubau von Fabriken, privaten und öffentlichen Gebäuden – so eine Erkenntnis dieses Prozesses –, kann zu einer deutlichen Reduzierung von Emissionen führen. Die so erreichte Verringerung von Energieverlusten ist die billigste, leichteste und schnellste Art und Weise, Probleme im Energiebereich zu lösen. Zur Gestaltung und Moderation dieses Prozesses trägt die Weltbank bei, und sie muss dies auch in Zukunft verstärkt tun.

Atomkraft ist keine „saubere Energie"

Im oben erwähnten Weltbankbericht fallen erhebliche Schwächen auf. Schon die Verwendung des Begriffs „saubere Energie" ist problematisch; denn nach Verständnis des Berichts umfasst er sowohl erneuerbare Energien als auch effiziente Energieerzeugung aus fossilen Brennstoffen. Selbst Nuklearenergie wird als Option für „saubere" Energiegewinnung explizit aufgeführt.

Derzeit planen einzelne Schwellenländer (Indien, China, Brasilien und Russland) einen massiven Ausbau von Atomenergie. Indem die Weltbank in ihrem Bericht die Gefahren der Atomkraft verharmlost – sie spricht von Atomtechnologie als einer „no regret technology" oder „no harm technology" –, ignoriert sie entscheidende Probleme der Atomenergienutzung.

Dies kann nicht akzeptiert werden, denn die Gefahren und Kosten der Nutzung von Atomkraft stehen in keinem Verhältnis zu den prognostizierten Gewinnen. Eine Hochrisikotechnologie in Entwicklungsländern zu fördern und dabei die Voraussetzungen für Betrieb und Sicherheit sowie das weltweit ungelöste Problem von nuklearem Abfall zu ignorieren, ist verantwortungslos und setzt ein falsches Signal. Dass dies außerdem zu einem Zeitpunkt geschieht, zu dem die Gefahren der nichtzivilen Nutzung der Atomkraft, also der Verbreitung von Atomwaffen, beispielsweise im Falle des Iran internationale Konflikte herauf-

beschwören, stehen, ist nicht hinnehmbar. Selbst wenn jedoch Nuklearenergie massiv in Entwicklungsländern ausgebaut würde, lässt sich nicht ein Entwicklungs- oder Schwellenland benennen, welches damit die zu erwartenden Energieengpässe überbrücken könnte.

In der Vergangenheit hat die Weltbank sich – mit einer Ausnahme der Finanzierung eines Atomkraftwerks 1959 in Italien – bewusst aus der Finanzierung von Atomtechnologie herausgehalten. Sie muss diese grundsätzliche Politik beibehalten. Der Ruf der Weltbank ist ohnehin durch ihr Engagement im Rohstoff- und Energiebereich angeschlagen. Sollte sich die Bank, wie es einige Anteilseigner und wohl auch Weltbankpräsident Wolfowitz befürworten, für eine Beteiligung an zukünftigen Atomprojekten entscheiden, engagierte sie sich in einem Bereich, der weltweit von zivilgesellschaftlichen Gruppen, Parteien und meist deutlichen Mehrheiten innerhalb der Bevölkerung der betroffenen Länder abgelehnt wird. Ein solches Engagement der Weltbank wäre falsch und fügte der Reputation der Bank schweren Schaden zu. Atomenergie ist und bleibt ein Geschäftsfeld, von dem die Weltbank sich auch in Zukunft distanzieren muss und das sie auf keinen Fall als gangbaren Weg für Entwicklungsländer empfehlen darf.

Zwar ist die Analyse der Länder mit mangelndem Zugang zu Energie im Bericht „Clean Energy and Development“ breit angelegt. Doch fehlt eine genaue Benennung konkreter Maßnahmen, an denen sich die Weltbank zu beteiligen gedenkt, um die aufgeführten Probleme zu beheben. Solche Maßnahmen müssen den Entwicklungsstand der jeweiligen Partnerländer (am wenigsten entwickelte Länder [LDC], Niedrigeinkommensländer [LIC], Länder mit mittleren Einkommen [MIC]) berücksichtigen.

Aus dem Bericht ist nicht erkennbar, in welchem Umfang die Bank neue Investitionsprogramme auf den Weg bringen will, und in welche Bereiche sie investieren will. Auch die genaue Rolle der Bank im Verhältnis zu anderen Finanzinstitutionen, der Global Environmental Facility (GEF), anderen bilateralen Gebern oder auch zu Akteuren der Privatwirtschaft bleibt offen.

Energieeffizienz und erneuerbare Energien

Auffällig ist zudem, dass die Weltbank kein ehrgeiziges Konzept für den Einsatz erneuerbarer Energien hat. Die Bank hat sich zwar bei der Erneuerbare-Energien-Konferenz 2004 in Bonn zu einer Erhöhung ihres Portfolios für erneuerbare Energien entschlossen und im Finanzjahr 2005 das Ziel einer Erhöhung umgesetzt. Doch diese Zuwächse gehen von einem sehr bescheidenen Ausgangsniveau aus. Folglich fällt auch die erreichte Steigerung noch viel zu gering aus. So flossen im Finanzjahr 2005 nur 9 Prozent der Weltbankkredite im Energiesektor (Gesamthöhe von 2,86 Mrd. Dollar) in den Bereich erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Ein substanzieller Trendwechsel zu erneuerbaren Energien lässt sich hieraus nicht ablesen.

Der Bericht „Clean Energy and Development“ diskutiert die Potenziale der in vielen Entwicklungsländern mehr oder weniger einzigen einheimischen Quellen – Sonne, Wind und Wasser, Biomasse – nur wahllos und als eine Möglichkeit unter vielen. Er leitet keinen überfälligen Paradigmenwechsel in der Ausrichtung der Energiepolitik ein. Die Weltbank darf angesichts ihrer aktuellen Ausrichtung des Energieportfolios nicht unterschätzen, dass durch die lange Laufzeit von Kraftwerken auf fossiler Basis und die Förderung von Übergangstechnologien oder -energieträgern wie Erdgas Investitionen dauerhaft gebunden werden. Diese können dann nicht in Innovationen für saubere und nachhaltige Energieformen investiert werden. Die Erreichung der Klimaziele muss Priorität erhalten und darf nicht durch eine rückständige Energiepolitik erschwert werden.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333